

Libérale Erinnerungsorte in Hamburg – Ausschnitte aus dem 20. Jahrhundert

Mit Hamburg wird der zeitgeschichtlich interessierte Deutsche herausragende Politiker wie Helmut Schmidt und Herbert Wehner verbinden, Sozialdemokraten, die die deutsche Nachkriegsgeschichte in unterschiedlichen Funktionen und auf unterschiedliche Art und Weise, aber beide nachhaltig beeinflusst haben. Dass das sozialdemokratische Milieu das politische Geschehen zwar stark geprägt, aber nicht ausschließlich beherrscht hat, sondern dass es eine virulente politische Kultur der Liberalen in Hamburg gegeben hat, soll in den nachfolgenden Ausführungen verdeutlicht werden.

Was Hamburg vor allen anderen deutschen Städten in Sachen Liberalismusgeschichte auszeichnet, ist nicht die bloße Mitwirkung Liberaler in lokalen Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus, sondern die frühzeitige Gründung spezifisch liberaler Widerstandsgruppen, die über Verbindungen nach Berlin und ein deutschlandweit angelegtes Netzwerk mittelbar in die Umsturzplanungen einbezogen waren. Diese einzigartige Konstellation in Hamburg hat den hier gewählten Ansatz zur Folge, nicht das gesamte zeitliche Spektrum der Liberalismusgeschichte abzudecken, sondern auf die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur mit ihrer Vor- und Nachgeschichte zu fokussieren. Die Gliederung orientiert sich an den Staatsordnungen im 20. Jahrhundert.

Der Verständlichkeit wegen werden geraffte historische Informationen als Voraussetzungen für die angeführten Erinnerungsorte gegeben. Eine Erklärung verlangt die Entscheidung, die Erinnerungsorte um einschlägige Literatur zu ergänzen. Dafür sind zwei Gründe maßgeblich. Zum einen geht es bei Erinnerungsorten nicht einfach um Geschichte, sondern um ihre Beurteilung als erinnerungswert, somit um Gewichtung und Bewertung. Diese wiederum darf nicht vordergründig erfolgen, sondern verlangt nach Sachlichkeit, Gewissenhaftigkeit und nüchternem, differenziertem Urteil. Hierfür liefert wissenschaftliche Literatur die Basis. Der andere Grund ergibt sich aus dem Problem, dass potenzielle Erinnerungsorte möglicherweise nicht (mehr) als solche wahrgenommen werden, so dass die kritische Literatur zur Bewahrerin jener Erinnerungen wird, die sonst durch Unterdrückung oder durch schlichte Nichtbeachtung vergessen würden.

Hamburg war, wie der liberale Historiker Veit Valentin es ausdrückte, »die erste deutsche Weltstadt«.¹ Die Bedeutung Hamburgs als Handelsstadt im 19. und 20. Jahrhundert soll an wenigen Daten schlaglichtartig veranschaulicht werden. Bereits 1847 war die Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) gegründet worden. 1892 war Hamburg eine von zwölf deutschen Städten, in denen an den Börsen Terminhandel in Produkten getrieben wurde, und stand nach der Anzahl der so gehandelten Sparten direkt hinter Berlin. 1906 liefen 15.777 Schiffe zur See im Hamburger Hafen ein, 22.606 Schiffe von Oberelbe. Vor 1914 war Hamburg die drittgrößte Handelsstadt der Welt nach London und New York, ein Status, den die Stadt erst nach der Gründung der gemeinsamen Hafenverwaltung mit Altona und Harburg-Wilhelmsburg 1929 wieder erreichte. Heute hat Hamburg den größten Seehafen Deutschlands und den viertgrößten Europas.

Ansätze städtischer, privater und liberaler Erinnerungskultur.

Hamburg im Kaiserreich: Carl Petersen und die »Vereinigten Liberalen«

Unter den hamburgischen Liberalen des 20. Jahrhunderts ragt eine erinnerns-werte Gestalt hervor: Der Rechtsanwalt Dr. Carl Petersen, aus einer großbür-gerlichen Juristenfamilie stammend, Enkel eines bedeutenden Bürgermei-sters der Stadt, wurde 1899 in einer Nachwahl in die Bürgerschaft gewählt, wo er sich der Fraktion der Rechten anschloss. Die Fraktionsbezeichnungen dieser Zeit waren genauso rückständig wie das hanseatische Wahlrecht. In der Bürgerschaft gab es die drei Fraktionen der Rechten, des linken Zentrums und der Linken, die sich weniger politisch als gesellschaftlich unterschieden; auch die »Linken« waren eher rechts orientiert. Fraktionszwang kannte man nicht. Es galt die Persönlichkeit, so dass unterschiedliche Ansichten in den Fraktionen auch bei den Abstimmungen in der Bürgerschaft zum Ausdruck kamen.

Carl Petersen, der politisch von Friedrich Naumann geprägt war, nahm das Recht auf die Vertretung seiner abweichenden Meinung in Anspruch, als er sich schon 1902 in den Bürgerschaftsdebatten für die Errichtung einer Arbei-terkammer aussprach, obwohl dieses Anliegen angesichts der Mehrheitsver-hältnisse chancenlos war. Sein Grundsatz lautete, die berechtigten Interessen der Arbeiter mit zu vertreten, um sie von dem Anschluss an die Sozialdemo-kratie abzuhalten.

Wenige Jahre später beriet die Bürgerschaft, nachdem erst 1896 die politi-schen Rechte der hamburgischen Bürger erweitert worden waren, eine Wahl-

1 Veit Valentin: Geschichte der deutschen Revolution 1818-1849. Band 1. Köln-Berlin 1970, S. 236.

rechtsverschlechterung zu Lasten der einkommensschwachen Schichten. Hintergrund war der Umstand, dass bei den allgemeinen Bürgerschaftswahlen 1904 bereits 13 statt des bisher nur einen SPD-Abgeordneten (1901) gewählt worden waren. Im Hintergrund stand zudem die russische Revolution von 1905.

Das Wahlrecht war ein gemischtes Pluralsystem, das Bildung, Besitz und Einkommen bevorzugte. Die kleinen Gruppen der Grundbesitzer und der Notabeln, das heißt derjenigen Bürger, die ein Ehrenamt in der städtischen Verwaltung oder ein Richteramt ausübten beziehungsweise ausgeübt hatten, wählten jeweils ein Viertel der Bürgerschaft. Darüber hinaus waren sie auch an den »allgemeinen« Wahlen beteiligt, von denen alle Einwohner mit weniger als 1200 Mark steuerpflichtigem Einkommen ausgeschlossen blieben. Dadurch besaßen im Jahre 1904 nur 29 Prozent der zum Reichstag Wahlberechtigten das Bürgerschaftswahlrecht. Durch den Wahlrechtsraub von 1906, den Petersen energisch bekämpfte, wurde für die »allgemeinen« Wahlen ein Zweiklassensystem eingeführt, wonach die Wähler mit einem Jahreseinkommen von 1200 bis 2500 Mark 24, die Wähler mit mehr als 2500 Mark Jahreseinkommen 48 Abgeordnete wählten, wobei die obere Wählergruppe ein vielfach höheres Stimmengewicht hatte. Die acht übrigen Mandate entfielen auf die hamburgischen Landgebiete.

Die Rechnung der restaurativen Bürgerschaftsmehrheit ging auf, denn die Zahl der SPD-Abgeordneten in der Hamburger Bürgerschaft, die 1901 bei 1, 1904 bei 13 Abgeordneten gelegen hatte, stieg 1907 auf 19 und stagnierte in den folgenden Wahlen 1910 und 1913 bei jeweils 20 Abgeordneten. Die Ungerechtigkeit des restaurativen Wahlsystems zeigt sich im Vergleich mit den Reichstagswahlen, wo die SPD seit 1890 sämtliche drei hamburgische Mandate gewann.

Carl Petersen und einige andere Bürgerschaftsabgeordnete hatten mit Leidenschaft und Sachverstand, aber in Anbetracht der Mehrheitsverhältnisse chancenlos gegen den Wahlrechtsraub vom März 1906 gekämpft. Diesmal gingen die Opponenten weiter, um ihren Grundauffassungen treu zu bleiben. Am 24. September 1906 bildete sich aus 13 Abgeordneten der alten Honoratioren-Fraktionen die politische Fraktion der Vereinigten Liberalen in der hamburgischen Bürgerschaft, zu deren Vorsitzenden zeitweilig Carl Petersen gewählt wurde. In ihrem Programm aus dem Jahr 1907 sprachen sie sich zwar für die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts aus, dies allerdings nur schrittweise und ohne dabei die Gruppenwahlen von Notabeln und Grundbesitzern zu tangieren. Dennoch entwickelte sich eine andauernde, in vielen Tagesfragen und beispielsweise in der Bildungspolitik relevante Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen der Vereinigten Liberalen und der Sozialdemokraten. Die politische und gesellschaftliche Diskriminierung, die von den Honoratioren der traditionellen Fraktionen ausging, hatte ein vertieftes Ver-

trauensverhältnis zwischen den beiden politischen Fraktionen zur Folge, die sich auch in der gegenseitigen Unterstützung in Stichwahlen ausdrückte. Bei den Wahlen konnten die Vereinigten Liberalen sich mit 23 Sitzen 1907 (1910: 29; 1913: 30) besser behaupten als die Sozialdemokraten.

Als drei linksliberale Parteien sich 1910 zur Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) zusammenschlossen, etablierten die Vereinigten Liberalen sich als deren Hamburger Landesverband; Carl Petersen wurde in den Zentralaussschuss der FVP gewählt.

Die Vereinigten Liberalen repräsentieren den durch die sozialen Probleme vor Ort sensibilisierten kommunalen Liberalismus des Kaiserreichs. Ihre politische Einstellung kann an wenigen Beispielen gezeigt werden: an Petersens Empörung »gegen den Hang des Kaisers zur absolutistischen Machtausübung«² (1911), der Sympathie für die Streikenden beim großen Arbeitskampf auf den Werften im Sommer 1913, seiner erfolgreichen Initiative von 1917 zur Abschaffung des Zweiklassenwahlrechts bei den allgemeinen Wahlen, in diesem Zusammenhang an seinem Einsatz für das Frauenwahlrecht und seinen Bemühungen um die Demokratisierung des Hamburger Staates.

Erst 1917 wurde ein Vertreter der Vereinigten Liberalen, Hinrich Johann Garrels, in den Senat gewählt, und erst am 27. September 1918 wurde der prominenteste Vereinigte Liberale, Dr. Carl Petersen, zum Senator gewählt.

Bürgermeister Carl Petersen und die Hamburger Liberalen in der Weimarer Republik

In der Weimarer Republik zeichnete sich die politische Landschaft in Hamburg durch eine bemerkenswerte Kontinuität aus. Obwohl die Sozialdemokraten bei der ersten demokratischen Bürgerschaftswahl mit 82 von 160 Mandaten die absolute Mehrheit gewannen, gingen sie ein Bündnis mit der Deutschen Demokratischen Partei ein, die die Nachfolge der Vereinigten Liberalen angetreten hatte. Dieses Bündnis blieb bis zur nationalsozialistischen Gleichschaltung Hamburgs 1933 bestehen, seit 1925 ergänzt um die nationalliberale Deutsche Volkspartei.

Im Vergleich mit dem Reichsgebiet erzielte die DDP in Hamburg wesentlich bessere Wahlergebnisse: bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 errang sie im Reich 18,5 %, in Hamburg 26,3 %; bei den Reichstagswahlen 1920, Dezember 1924 und 1928 im Reichsgebiet 8,3 %, 6,3 % und 4,9 %, in Hamburg 17,4 %, 12,5 % und 11,6 %. Noch besser schnitt sie bei

2 Erich Lüth: Carl Petersen – Wegbereiter des Bündnisses zwischen Bürger und Arbeiter in Hamburg. In: Erich Lüth/Hans-Dieter Loose: Bürgermeister Carl Petersen 1868-1933. Hamburg 1971, S. 1-28, hier S. 14.

den Bürgerschaftswahlen am 26. Oktober 1924 mit 13,2 % und am 19. Februar 1928 mit 12,8 % ab. Bemerkenswert ist, dass auf der Liste der hamburgischen DDP von Anfang an prominente Frauenrechtlerinnen wie Helene Lange und Emmy Beckmann in die Bürgerschaft entsandt wurden.

Carl Petersen war nun der führende Kopf der DDP in Hamburg und bald auch auf Reichsebene. In Hamburg behielt er sein Senatorenamt, obwohl er am 19. Januar 1919 in die deutschen Nationalversammlung gewählt wurde, die die Verfassung der Weimarer Republik ausarbeitete. Dort wurde er sofort zu einem der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, im April 1921 zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, ein Beweis für seine Sachkompetenz und sein ausgeglichenes Temperament. Schon im November 1919 war er als Nachfolger des verstorbenen Friedrich Naumann zum Vorsitzenden des Parteausschusses, im April 1920 zum Vorstandsvorsitzenden gewählt worden. Die Krönung seiner Karriere war aus Petersens Sicht die Wahl zum Ersten Bürgermeister seiner Heimatstadt im Januar 1924, ein Amt, das er, seinem Naturell entsprechend, überparteilich führte. Deshalb legte er seine parteipolitischen Ämter auf Reichs- und Landesebene nieder. Allerdings ließ er sich im Januar 1926 zum Ehrenvorsitzenden der DDP auf Reichsebene wählen, und nachdem 1927 die Senatsparteien die Bürgerschaftswahl verloren hatten, positionierte er sich im Bürgerschaftswahlkampf 1928 klar zugunsten der DDP.

Erich Lüth hat ihn mit den Worten charakterisiert: »Er war in seiner Arbeitsweise kein kühler Rechner, kein geschickter Analytiker, kein gelernter Massenpsychologe. Aber er besaß Instinkt, Herz, Temperament, einen unbestechlichen Sinn für Gerechtigkeit, Mut, Schlagfertigkeit und eben auch ein gerüttelt Maß an politischer Bildung. Er liebte den Meinungskampf und hatte, sogar in hohem Maße, Charisma [...]«. ³

Die DDP in Hamburg hatte eine breite soziale Zusammensetzung, die untere und mittlere Angestellte und Beamte und kleine selbstständige Gewerbetreibende repräsentierte. Zudem erfuhr sie Förderung aus den Kreisen von Handel und Industrie. Die hohe Wertschätzung der politischen Qualifikation der Frau zeigt sich an ihrer Teilnahme am ersten DDP-Reichsparteitag. Während der Frauenanteil bei insgesamt 13,8 % lag, erreichte der Anteil der Teilnehmerinnen aus Hamburg 36,4 %. ⁴

1918 war ein Zusammenschluss der Hamburger Nationalliberalen mit den Linksliberalen ausgeschlossen gewesen, weil die Gräben zu tief waren. Der hamburgische Nationalliberale Reichstagswahlverein, der seit dem Wahlrechtsraub 1906 die »alten« Fraktionen unterstützt hatte, sprach sich noch vor der Entscheidung auf Reichsebene für die separate nationalliberale Organisa-

3 Lüth: Carl Petersen (wie Anm. 2), S. 7.

4 Eigene Berechnung nach dem Teilnehmerverzeichnis in: Bericht über die Verhandlungen des 1. Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919. Berlin o.J., S. 365-389.

tion aus. Petersen wirkte dennoch auf eine Sammlung von Links- und Nationalliberalen hin, während der Landesverband Hamburg der DDP diese strikt ablehnte. Die Frage, ob die hamburgische DDP sich als eine »radikal bürgerliche Partei« (Peter Stubmann) oder als »bürgerliche Linkspartei«⁵ (Max Eichholz, Johannes Büll, Gerhard Meuthen) definieren sollte, wurde in den Parteigremien im Sinne der Linkspartei entschieden, jedoch blieb die Frage umstritten, da die herausragendsten Repräsentanten der Partei, allen voran Carl Petersen, sich für die Öffnung zur DVP hin aussprachen.

Wiederholt verwahrte sich der hamburgische DDP-Landesverband gegen Tendenzen in der Gesamtpartei, sich von den Spenden der Großindustrie abhängig zu machen. Er engagierte sich aktiv für die Republik und gegen Kompromisse mit restaurativer Tendenz. Die Liberale Vereinigung, die 1928 die Vorsitzenden von DDP und DVP, Koch-Weser und Stresemann, als Ehrenvorsitzende gewann, wurde von der Hamburger DDP unter dem Motto »Entschiedenheit« statt »Halbheit« bekämpft.⁶

Der von der DDP-Parteiführung im Juli 1930 exerzierte Zusammenschluss mit der Volksnationalen Reichsvereinigung des Jungdeutschen Ordens, durch den die Deutsche Staatspartei (DStP) gegründet wurde, hatte auch in Hamburg gravierende Folgen. Anscheinend verlor der Landesverband Hamburg rund ein Drittel seiner 5000 Mitglieder, denn im November 1930 war von nur 3400 DStP-Mitgliedern die Rede.⁷ Es brauchte Monate, bis die Organisation wieder aufgebaut war, wie das DStP-Reichsvorstandsmitglied Marie Elisabeth Lüders berichtete: »Hamburg ist die erste Stadt, die parteimäßig einen etwas erfreulicheren Eindruck macht. Dank zweckmäßiger organisatorischer Maßnahmen, geschickter Verteilung der Veranstaltungen und der Berichterstattung, sowie einer offenbar großen persönlichen Arbeitsbereitschaft vieler Mitglieder ist es gelungen, im Februar einen Teil der nicht geringen Verluste wieder einzubringen.«⁸ Carl Petersen hatte noch 1930 den Ehrenvorsitz der DStP angenommen.

Als in den Jahren 1931-1933 die liberalen Parteien unter dem Ansturm der Nationalsozialisten reichsweit zu bedeutungslosen Splitterparteien schrumpften, traten Teile der Hamburger DVP für eine bürgerliche Koalition mit der NSDAP und den Deutschnationalen ein, während Carl Petersen und die DStP sich strikt dagegen aussprachen. Die Deutsche Staatspartei erhielt bei den Reichstagswahlen in Deutschland 1930 nur noch 3,8 %, im Juli und im

5 Ursula Büttner: Vereinigte Liberale und Deutsche Demokraten in Hamburg 1906-1930. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 63, 1977, S. 1-34, hier S. 28.

6 Ebd., S. 27f.

7 Die Zahl von 5000 Mitgliedern wird genannt in: Organisationshandbuch der Deutschen Demokratischen Partei. Berlin 1926, S. 439. 3400 Mitglieder laut Ursula Büttner: Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1931. Hamburg 1982, S. 475.

8 BA Koblenz, NL Hermann Dietrich 245: M. E. Lüders an Dietrich, 3.4.1931, Anlage Dritter Bericht vom 3.3.1931.

November 1932 je 1 %, in Hamburg 8,5 %, 6,4 % und 5,4 %. Bei den Bürgerschaftswahlen am 24. April 1932 errang die DStP immerhin 11,3 % und konnte somit mit geringen Verlusten an die Bürgerschaftswahlergebnisse von 1924 und 1928 anschließen.

Als die NSDAP sich auch in Hamburg anschickte, durch Gleichschaltung Regierungspartei zu werden, stellte Petersen sich ihr als Galionsfigur nicht zur Verfügung, sondern erklärte am 4. März 1933 seinen Rücktritt aus dem Senat und legte am 7. März 1933 sein Bürgerschaftsmandat nieder. Hingegen entschied sich der Landesverband Hamburg der DVP am 10. April 1933 für den geschlossenen Eintritt in die NSDAP.

Von Carl Petersens demokratischem Einsatz unter widrigen persönlichen und politischen Umständen zeugt der Umstand, dass er sich in der tiefsten Krise der DStP im September 1932 zum Mitglied des dreiköpfigen Arbeitsausschusses wählen ließ, der das Amt des Parteivorsitzenden vorübergehend ersetzte, um die Partei zunächst zu erhalten und auf weitere Sicht eine neue demokratische Mittelpartei zu gründen. Dieses letzte Amt behielt er bis zur Auflösung der DStP am 28. Juni 1933. Von einer schweren Krankheit gezeichnet, starb er am 6. November 1933.

Adressen 1

Der Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete, Senator und Erste Bürgermeister Carl Petersen wohnte in Hamburg-Eppendorf, Gaedechensweg 16. Zu seinen Ehren wurde in Hamburg-Hamm eine Straße benannt, die Carl-Petersen-Straße, die den Hammer Park mit der Sievekingsallee verbindet. Darüber hinaus hängt im Bürgermeistervorzimmer des Rathauses, Rathausmarkt 1, ein Gemälde, das der bedeutende Impressionist Max Liebermann im Jahr 1928 von dem damals 60-jährigen Ersten Bürgermeister gemalt hatte.⁹ Auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf befindet sich das Grab des Bürgermeisters Carl Petersen, Grabstätte AA13 (1-39).

Unter den weiblichen Abgeordneten, mit denen die DDP in der Hamburger Bürgerschaft seit der Einführung des Frauenwahlrechts 1919 vertreten war, sind insbesondere zwei Frauenrechtlerinnen zu nennen, Helene Lange (1848-1930), die in ihren letzten Lebensjahren Ehrenvorsitzende der DDP (seit 1925) war, von 1919 bis 1920 und Emmy Beckmann (1880-1967) von 1921-1933. Beide sind Namensgeberinnen kleiner Straßen: 1950 erhielt die Helene-Lange-Straße in Hamburg-Harvestehude, eine Verbindungsstraße, ihren Namen und 1980 der Emmy-Beckmann-Weg in Hamburg-Niendorf, eine

9 Eine farbige Reproduktion enthält der Band von Sigrid Schambach: Carl Petersen. Hamburg 2000, S. 85.

Stichstraße. Nach Helene Lange wurde 1927 die Oberrealschule Hansastraße, an der Emmy Beckmann damals Schulleiterin war, benannt; sie trägt seitdem mit Ausnahme der Jahre 1935 bis 1945 ihren Namen und hat heute als Gymnasium die Adresse Bogenstraße 32.¹⁰ Das Grab von Emmy Beckmann befand sich wie das des Bürgermeisters Petersen auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, seit dem Juli 2001 liegt die Grabplatte in dem damals eröffneten Garten der Frauen, Grabstätte P27.

Das organisatorische Zentrum der Hamburger Linksliberalen, wo auch die Wiedereinbeziehung des überparteilich agierenden Bürgermeisters Carl Petersen in den Bürgerschaftswahlkampf geplant wurde, war die DDP-Geschäftsstelle in der Straße Brandsende 29 in der Hamburger Altstadt.

Literatur

Eine wissenschaftliche Biografie des Bürgerschaftsabgeordneten, Senators und Ersten Bürgermeisters Carl Petersen steht nach wie vor aus. Auch eine Sammlung seiner großen Reden ist nicht erschienen. Nennenswert sind zwei Publikationen: die schmale Biografie von Sigrid Schambach und der ältere, von Erich Lüth und Hans-Dieter Loose verfasste und vom Verein für Hamburgische Geschichte herausgegebene Band über Petersen.¹¹ Darüber hinaus wird Petersen in den Publikationen, die sich mit den Vereinigten Liberalen, der Deutschen Demokratischen Partei/Deutschen Staatspartei und der Stadtgeschichte auseinander setzen, kontinuierlich berücksichtigt.

Was die Geschichte der Hamburger Linksliberalen betrifft, sind insbesondere die Schriften von Ursula Büttner eine Fundgrube. Grundlegend für die Parteiengeschichte von der Gründung der Vereinigten Liberalen bis zur Umgründung der DDP zur Deutschen Staatspartei ist ihr wiederholt publizierter Aufsatz: Vereinigte Liberale und Deutsche Demokraten in Hamburg 1906-1930.¹² Werner Jochmann geht im zweiten Band der repräsentativen Stadtgeschichte: Hamburg – Geschichte einer Stadt und ihrer Bewohner, auf den Nationalsozialen Verein und die Vereinigten Liberalen ein.¹³

10 Vgl. Angelika Schaser: Nomen est Omen. Zur zweimaligen Umbenennung der Mädchenschule an der Hansastraße nach Helene Lange. In: Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter 13, Hamburg 1997, S. 292-296.

11 Schambach: Petersen (wie Anm. 9). Lüth/Loose: Bürgermeister Carl Petersen (wie Anm. 2).

12 Ursula Büttner: Vereinigte Liberale (wie Anm. 5). Der wichtige Aufsatz ist wiederabgedruckt in: Ursula Büttner: Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik, Hamburg 1996, S. 43-66.

13 Werner Jochmann: Handelsmetropole des Deutschen Reiches. In: Hamburg – Geschichte einer Stadt und ihrer Bewohner. Hg. von Werner Jochmann und Hans-Dieter Loose, Band 2, Hamburg 1986, S. 15-129, hier S. 60-64.

Hinsichtlich der Geschichte der Hamburger DDP und ihrer Mitwirkung in der Bürgerschaft und im Senat sind auch weitere Schriften von Ursula Büttner aufschlussreich.¹⁴ In der zweibändigen Stadtgeschichte sind die DDP und ihre führenden Politiker in Büttners Beitrag gleichfalls breit vertreten.¹⁵

Von und über Helene Lange und Emmy Beckmann ist zahlreiche Literatur erschienen.¹⁶ Aus dem Angebot der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg ist ein Band über Straßenbenennungen zur ersten Orientierung nützlich.¹⁷

Bemerkenswerterweise hat Ursula Büttner ihren Buchtitel »Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist« dem Tenor der Eröffnungsrede entnommen, die Helene Lange als Alterspräsidentin der Bürgerschaft am 24. März 1919 gehalten hat.¹⁸ Helene Lange setzte sich in politischen Eingaben, publizistisch und praktisch für die gleichberechtigte wissenschaftliche Schulbildung der Frau ein, war Mitgründerin des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins, Gründerin der Zeitschrift »Die Frau«, Herausgeberin des fünfbandigen »Handbuchs der Frauenbewegung«, Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins; zuletzt arbeitete sie als Lehrerin an der Sozialen Frauenschule in Hamburg (1917-1920). Einen wichtigen allgemeinen Beitrag zur Attraktivität der linksliberalen Parteien für die bürgerliche Frauenbewegung hat Angelika Schaser geleistet.¹⁹

An neuerer Literatur zu Helene Lange sei hingewiesen auf die Studien von Stefanie Kuhne, Dorothea Frandsen und Angelika Schaser.²⁰ Eine von Hiltrud Schröder erstellte bibliographische Übersicht, die allerdings nicht auf dem letzten Stand ist, liefert wertvolle Hinweise.²¹

- 14 Ursula Büttner: Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist – Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik, Hamburg 1985. – Dies.: Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1931, Hamburg 1982. – Dies.: Errichtung und Zerstörung der Demokratie in Hamburg: Freie Gewerkschaften, Senatsparteien und NSDAP im Kampf um die Weimarer Republik, Hamburg 1998.
- 15 Ursula Büttner: Der Stadtstaat als demokratische Republik. In: Hamburg (wie Anm. 13), S. 131-264.
- 16 Zu Emmy Beckmann vgl. Helmut Stubbe da Luz: Emmy Beckmann (1880-1967) – Hamburgs einflussreichste Frauenrechtlerin. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 73, 1987, S. 97-138. Inge Grolle/Rita Bake: »Ich habe Jonglieren mit drei Bällen geübt« – Frauen in der Hamburgischen Bürgerschaft von 1946 bis 1993, Hamburg 1995, S. 318f. Irma Hildebrandt: Immer gegen den Wind – 18 Hamburger Frauenporträts, Kreuzlingen 2003.
- 17 Rita Bake/Wilhelm Rottmann: Wer steckt dahinter? Nach Frauen benannte Straßen, Plätze und Brücken in Hamburg, 4. aktualisierte und erweiterte Auflage, Hamburg 2005, S. 55f, 72f.
- 18 Büttner: Politische Gerechtigkeit (wie Anm. 14), S. 9.
- 19 Angelika Schaser: Bürgerliche Frauen auf dem Weg in die linksliberalen Parteien (1908-1933). In: HZ 263, 1996, S. 641-680. Vgl. allgemein dies.: Frauenbewegung in Deutschland 1848-1933. Darmstadt 2006.
- 20 Stefanie Kuhne: Helene Lange. Die Theorie der Geschlechterdifferenz im Denken einer gemäßigten bürgerlichen Frauenrechtlerin. Berlin 2007. Dorothea Frandsen: Helene Lange. Ein Leben für das volle Bürgerrecht der Frau. Oldenburg 1999. Angelika Schaser: Helene Lange und Gertrud Bäumer. Eine politische Lebensgemeinschaft. Köln/Weimar 2000.
- 21 Hiltrud Schröder: Helene Lange – Kommentierte Bibliographie, Frankfurt a.M. 1997.

An Emmy Beckmann erinnerte zudem eine Ausstellung, die der Verein »Garten der Frauen« im Rahmen seiner jährlichen Präsentationen einer Frauenbiografie vom Mai bis September 2008 im Wasserturm auf dem Ohlsdorfer Friedhof zeigte. Eröffnet wurde sie mit einer Ansprache des FDP-Landesvorsitzenden Hinnerk Fock. Ein Katalog ist dazu nicht erschienen.

Da sowohl Carl Petersen als auch Emmy Beckmann den Vorständen der DDP und der DStP angehörten, sind die edierten Sitzungsprotokolle dieser Gremien für die politische Haltung der beiden Hamburger Politiker, insbesondere für den nachhaltigen Einsatz Petersens für die Demokratie, eine aufschlussreiche Quelle.²²

NS-verfolgte liberale Bürgerschaftsabgeordnete

Im Mai 1981 wurde eine Gedenktafel im Treppenhaus des Hamburger Rathauses enthüllt, die an die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung aus der Hamburger Bürgerschaft erinnert. Sie trägt die Inschrift: »Zum ehrenden Gedenken an die Mitglieder der Bürgerschaft, die nach 1933 Opfer totalitärer Verfolgung wurden.«²³ Umstritten an dieser Beschriftung war vor allem die Entscheidung, die Namen der Opfer zu verschweigen. 21 hamburgische Bürgerschaftsabgeordnete waren Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, davon 18 Kommunisten und Sozialdemokraten, zwei Linksliberale und ein »unpolitischer« Wirtschaftsvertreter.

Die beiden linksliberalen Bürgerschaftsabgeordneten, der 1891 geborene Kaufmann Ernst Valentin Burchard und der Rechtsanwalt Dr. Max Eichholz, wurden aus rassistischen Motiven als Juden verfolgt. Beide entschieden sich 1933 bewusst, in Deutschland zu bleiben. Burchard (DDP/DStP) leitete eine Firma im Freihafen. In der letzten freien Wahlperiode der Hamburger Bürgerschaft, 1932/1933, wurde er zum Abgeordneten gewählt. Nach der Errichtung der Hitler-Diktatur unterstützte er mittellose Freunde, darunter den ehemaligen DStP-Geschäftsführer Martin Plat. Erst nach dem Novemberpogrom 1938 bereitete er die Auswanderung vor, die ihm nicht mehr gelang. Am 8. November 1941 wurde er mit Frau und Kindern in einem Deportationszug von 990 Leidensgenossen von der Sammelstelle am Dammtorbahnhof (heute: Platz der jüdischen Deportierten) aus in das Ghetto Minsk deportiert, wo sie am 10. November eintrafen. Der Hamburger Transport bezog dort das Rote

22 Konstanze Wegner/Lothar Albertin (Bearbeiter): Linksliberalismus in der Weimarer Republik – Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933, Düsseldorf 1980.

23 Ulrike Puvogel/Martin Stankowski: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus – Eine Dokumentation. Bd. 1, 2. Aufl. Bonn 1995, S. 250.

Haus. Fast alle Hamburger, die bis dahin überlebt hatten, wurden am 8. Mai 1943 in einem Massaker ermordet.²⁴

Der Rechtsanwalt, Fachanwalt für Staats- und Verwaltungsrecht, Max Eichholz (1881-1943) war von 1921 bis 1933 Mitglied der Bürgerschaft. In der Deutsch-Israelitischen Gemeinde unterstützte er den Wahlverein der Religiös-Liberalen.²⁵ Vor dem Ersten Weltkrieg engagierte er sich in der Volksheim-Bewegung für die Belange der einfachen Arbeiter. In der Weimarer Republik ging er zu der neu gegründeten DDP über und trat in der Bürgerschaft als geschliffener Debattenredner auf. Viel zitiert wird seine Erkenntnis in der Sitzung vom 30. September 1930: »Es ist ein Grundfehler von uns gewesen, mit denen, die nur die Diktatur anerkennen, über Demokratie zu streiten.«²⁶ Im letzten halbwegs freien Reichstagswahlkampf hielt er drei Tage vor der Wahl, am 2. März 1933, eine Veranstaltung im Curio-Haus unter dem aktuellen Thema »Parlamentskontrolle statt Cliquenwirtschaft und Parteidiktatur« ab.

Nicht nur politisch, sondern auch juristisch bekämpfte er die Nationalsozialisten. In zwei Verfahren, die Hitler 1932 gegen das SPD-Blatt »Echo der Woche« anstrebte, vertrat Eichholz' Kanzlei die Interessen der Beklagten. Als Max Eichholz Mitte 1932 die Verteidigung des sozialdemokratischen Auer-Verlags gegen den NSDAP-Gauleiter Kaufmann übernahm, erzielte er letztinstanzlich einen Vergleich. Er war den Nationalsozialisten also ein Dorn im Auge, als sie 1933 auch Hamburg »gleichschalteten«, konnte als Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs aber seine Anwaltstätigkeit zunächst weiter ausüben. Doch bereits 1934 wurde wegen einer freimütigen Äußerung ein Ehrengerichtsverfahren gegen ihn angestrengt. Ein zweiter Fall beweist seinen Behauptungswillen. Einen SS-Mann, der ihn Ende 1934 als »dreckigen Juden« beschimpfte, zeigte Eichholz an und gewann den Prozess im April 1935. Es folgten Inhaftierungen Eichholz' im November 1935 und im Frühjahr 1937. Nach dem Novemberpogrom 1938 gehörte er zu den tausend verhafteten Hamburger jüdischen Männern. Vom 16. November 1938 bis zum 17. Januar 1939 erlitt er Schikanen und Misshandlungen im KZ Sachsenhausen. Nun betrieb er die Auswanderung, die für seine Frau und seine Kinder gelang. Er selbst wurde im März 1939 erneut verhaftet und am 12. Juli 1939 wegen sogenannter Rassenschande zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Haftstrafe sollte am 18. März 1944 enden.

24 Christof Brauers: Die FDP in Hamburg 1945 bis 1953 – Start als bürgerliche Linkspartei. München 2007, S. 110f. – Beate Meyer: Die Deportation der Hamburger Juden 1941-1945. In: Dies. (Hg.): Die Verfolgung und Ermordung Hamburger Juden von 1933-1945 – Geschichte Zeugnis Erinnerung. 2. Aufl. Hamburg 2007, S. 42-79, hier S. 62-64.

25 Ina Lorenz: Die Juden in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik. Band 1. Hamburg 1987, S. 236.

26 Zum Beispiel in Büttner: Politische Gerechtigkeit (wie Anm. 14), S. 273.

Diesen Tag erlebte Max Eichholz nicht mehr. Denn am 10. Dezember 1942 wurde er nach Auschwitz deportiert, wo er am 12. Dezember eintraf. Bereits im Januar 1943 wurde er vermutlich durch Vergasung ermordet. Es gibt einen Sterbeeintrag, der auf den 11. Januar 1943 datiert ist.²⁷

Adressen und Literatur 2

An die Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten, die Opfer der Verfolgung wurden, erinnert die erwähnte anonyme Gedenktafel im Treppenaufgang des Rathauses. Das Problem ihrer geringen Aussagekraft hat mit Verzögerung eine positive Folge gehabt: die Publikation einer Schrift durch die Bürgerschaft, in der der Opfer in Text und Bild gedacht wird.²⁸ Die Broschüre – in der zweiten Auflage ein Paperbackband – wurde auf einem Tisch vor der Gedenktafel ausgelegt und konnte von interessierten Besuchern mitgenommen werden. Seit die zweite Auflage vergriffen ist, ist das Problem des anonymen Gedenkens jedoch wieder akut.

Max Eichholz wohnte bis 1937 in der Bebelallee 13a in Hamburg-Winterhude, dann am Mittelweg 89 in Hamburg-Harvestehude; sein Anwaltsbüro, das er bis April 1939 halten konnte, nachdem er sich 1935 von seinen nichtjüdischen Kanzleikollegen hatten trennen müssen, befand sich in Hamburg-Neustadt in der Königstraße 7-9 (jetzt Abschnitt der Poststraße zwischen Große Bleichen und ABC-Straße). Zu seinen Ehren wurde eine Straße in Hamburg-Bergedorf im Neubauviertel Lohbrügge Max-Eichholz-Ring benannt.²⁹ Eine Schule trägt seinen Namen oder, genauer gesagt, den Namen der Straße, die nach ihm benannt worden ist: die Grundschule Max-Eichholz-Ring am Max-Eichholz-Ring 25.

Ernst Valentin Burchard wohnte in der Altstadt am Schwanenwik 34. Er war Teilhaber beziehungsweise Inhaber mehrerer Firmen. Im Freihafen residierte am Vogelreth 3 die chemische und pharmazeutische Fabrik Valentin Burchard & Co.;³⁰ seit 1928 war er Vorstandsmitglied der Hugo Peters & Co. AG im linkselbischen Hafengebiet, Reiherstraße 5, die Spirituosen und pharmazeutische Artikel im Angebot hatte. Zudem gründete er wenige Jahre später

27 Sterbebücher von Auschwitz. Fragmente. 3 Bde. Hg. vom Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau. München/New Providence/London/Paris 1985. Bd. 2, S. 258. Danuta Czech: Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1943. Reinbek 1989, S. 358.

28 Frank Müller: Mitglieder der Bürgerschaft. Opfer totalitärer Verfolgung. Hg. von der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg. Hamburg 1993, S. 19f, 23f; 2., überarbeitete und erweiterte Auflage 1995, S. 23-25, 28-31.

29 Puvogel/Stankowski: Gedenkstätten (wie Anm. 23), S. 266.

30 Diese Information verdanke ich Carmen Smiatacz, die die Stolperstein-Broschüre für Hamburg-Barmbeck bearbeitet. Vgl. Anm. 33.

einen Weinhandel in Hamburg-Uhlenhorst, in dessen Firmengebäude Papenhuder Straße 53 die Familie 1935 umzog.

Über die beiden linksliberalen Bürgerschaftsabgeordneten gibt es kurze, aber instruktive Lebensläufe in der erwähnten Begleitpublikation von Frank Mül-ler über die Opfer unter den Bürgerschaftsabgeordneten. Zu Max Eichholz lie-fer die Skizze von Wilfried Weinke weitere gesicherte Erkenntnisse.³¹

An beide DDP/DStP-Abgeordnete erinnern so genannte Stolpersteine an ihren letzten Wohnungen: für Ernst Valentin Burchard, seine Frau Olga und ihre Töchter Gabriele (geboren 1923) und Marianne (geboren 1928) verlegt im Oktober 2003 in Hamburg-Uhlenhorst, Papenhuder Straße 53, für Dr. Max Eichholz verlegt Mitte Juli 2003 in Hamburg-Harvestehude, Mittelweg 89.³² Den Bedenken, die die Problematik einer gewissen Oberflächlichkeit beim Erinnern mittels Stolpersteinen betreffen,³³ versucht die Landeszentrale für politische Bildung durch die Veröffentlichung von Stadtteil bezogenen Begleitbroschüren Rechnung zu tragen; allerdings sind die Broschüren für Uhlenhorst und Harvestehude noch nicht erschienen. Die Broschüre für Barmbek einschließlich Uhlenhorst wird voraussichtlich 2010 publiziert werden, während für Harvestehude die Vorarbeiten noch nicht begonnen haben. Eine Ansprache, die der FDP-Landesvorsitzende Hinnerk Fock im Januar 2008 anlässlich des 65. Todestages von Max Eichholz an dessen Stolperstein gehalten hat, geht gleichfalls auf die Initiative der Landeszentrale zurück.

Eine Publikation der Hamburger Landeszentrale für politische Bildung über Gedenkstätten in Hamburg erwähnt drei Orte, die in allgemeinerer Hinsicht für die liberale Erinnerung von Bedeutung sind. Zum einen handelt es sich um den Platz der jüdischen Deportierten, den Ausgangspunkt des überwiegenden Teils der Hamburger Deportationen. Von hier wurde Ernst Valentin Burchard deportiert, hier kann an Max Eichholz erinnert werden. Zudem ist zu bedenken, dass die DDP als laizistische Partei jüdischen Bürgern mehr entsprach als christlich geprägte Parteien. Die Planung einer Gedenkstätte für die insgesamt 7692 Deportierten, die ab dem Jahr 2017 realisiert werden kann, lässt weitere Perspektiven zu.³⁴ Die anderen Orte sind zwei Friedhöfe: der Jüdische Fried-

31 Wilfried Weinke: Die Verfolgung jüdischer Rechtsanwälte Hamburgs am Beispiel von Dr. Max Eichholz und Herbert Michaelis, in: Angelika Ebbinghaus/Karsten Linne: Kein abgeschlossenes Kapitel – Hamburg im »Dritten Reich«, Hamburg 1997, S. 248-265, hier S. 249-255. Ders.: The Persecution of Jewish Lawyers in Hamburg, A Case Study: Max Eichholz and Herbert Michaelis, in: Leo Baeck Institute, Year Book 42, 1997, S. 221-237.

32 Beate Meyer: Die Deportation der Hamburger Juden 1941-1945. In: Dies. (Hg.): Die Verfolgung und Ermordung Hamburger Juden von 1933-1945. Geschichte Zeugnis Erinnerung. Hamburg 2. Aufl. 2007, S. 220f.

33 Ulrike Schrader: Die »Stolpersteine« oder Von der Leichtigkeit des Gedenkens. In: Geschichte im Westen. Zeitschrift für Landes- und Zeitgeschichte 21, 2006, S. 172-181.

34 Vgl. die Ausstellung »In den Tod geschickt« vom 17. Februar bis 26. April 2009 im Kunsthaus Hamburg, Klosterwall 15; Katalog: In den Tod geschickt – Die Deportationen von Juden, Sinti und Roma aus Hamburg 1940 bis 1945. Hg. von Linde Apel u.a., Berlin 2009.

hof Ohlsdorf, wo es ein Mahnmal für die ermordeten Juden gibt, und der benachbarte allgemeine Friedhof Ohlsdorf, wo auch Carl Petersen und Emmy Beckmann beerdigt worden sind. Auf diesem wurde im Mai 1949 der Turm der Aschenurnen, ein Mahnmal für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, eingeweiht, am 3. Mai durch den Bürgermeister Max Brauer, am 8. Mai durch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, auf deren Veranstaltung der FDP-Landesgeschäftsführer Martin Plat, Mitglied der Abteilung Q, sprach.³⁵ Das Mahnmal mit der Lagebezeichnung V4-5 zeigt 105 Urnen mit Asche und Erde aus den Konzentrationslagern, weitere 29 Urnen sind vor dem Mahnmal in die Erde eingelassen.

Hamburg als Ort liberaler Widerstandsgruppen:

a) Der Kaufmann Hans Robinsohn als konzeptioneller Vordenker der liberalen Widerstandsgruppe um Ernst Strassmann

Die einzige liberale Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus, die reichsweit organisiert war, hatte ihren Kern in Berlin (Landgerichtsrat Ernst Strassmann) und Hamburg (Textilkaufmann Dr. Hans Robinsohn). Sie ging zurück auf den 1924 in Hamburg gegründeten »Klub vom 3. Oktober«, in dem junge DDP- und SPD-Politiker sich für die Abwehr von Angriffen auf die Weimarer Republik einsetzten und langfristige Zukunftsperspektiven für eine liberale, demokratische und soziale deutsche Republik entwarfen.³⁶ Ziel der Widerstandsgruppe war die Schaffung einer Auffangorganisation, die für den »Tag danach«, den Tag nach dem Sturz des Nazi-Regimes, bereitstand, um das Machtvakuum zu füllen und günstige Voraussetzungen für einen demokratischen Neubeginn zu erzielen.

Hans Robinsohn war derjenige Mann im Führungskreis der Widerstandsgruppe um Ernst Strassmann, der von 1933 bis 1942 in ungeheurer produktiver Art und Weise Programm, Denkschriften, Berichte und programmatische Briefe für die Gruppe verfasste. Diese produktive Aktivität begann mit der großen Denkschrift »Der Nationalsozialismus« vom Mai/Juni 1933, in der er sich der Überlegenheit des liberaldemokratischen, parlamentarischen Systems über jede Diktatur vergewisserte, setzte sich mit der »Bibel«, dem Grundsatzprogramm der Gruppe, fort (etwa 1934/1935), gefolgt von langen, denkschriftartigen Briefen an ein nach Mexiko emigriertes Ehepaar (1934-1935,

35 Detlef Garbe/Kerstin Klingel: Gedenkstätten in Hamburg – Wegweisen zu den Stätten der Erinnerung an die Jahre 1933-1945. Völlig überarbeitete Neuauflage, Hamburg 2008, S. 35, 54f.

36 Vgl. Horst Sassin: Liberale im Widerstand – Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934-1942. Hamburg 1993.

1939), einem »Überblick über die Lage in Deutschland« (1936), gefolgt weiter von neun Berichten an Freunde im Ausland (1937-1939), einer Kurzdarstellung der Gruppe (1939), der großen Denkschrift »Die Deutsche Opposition« (1939), den Fragment gebliebenen »Vornotizen« (1941) und der »Bestandsaufnahme« (1941) für die ersten Maßnahmen nach dem Sturz des Hitler-Regimes.³⁷

Aber er war mehr als Programmierer: Er leitete zusammen mit Ernst Strassmann und einem kleinen Kreis Vertrauter die Widerstandsgruppe, besuchte politische Freunde in Deutschland, um zu prüfen, ob sie für die Widerstandsarbeit gewonnen werden konnten, nahm an Regionaltreffen der angeschlossenen Gruppen teil, finanzierte die Kurierdienste von unbemittelten Mitstreitern nach Berlin und Norddeutschland, schuf und hielt Kontakte ins Ausland und versuchte als Mitinhaber und Personalchef des Modegeschäfts Gebr. Robinsohn zudem, das jüdische Unternehmen unter nationalsozialistischer Herrschaft zu behaupten.

Nach seiner Emigration nach Dänemark im Dezember 1938 machte Robinsohn sich als Auslandsstützpunkt der Gruppe nützlich, indem er unter anderem Verbindungen zu britischen Regierungskreisen herstellte und befreundete Emigranten über die Vorstellungen der deutschen Opposition auf dem Laufenden hielt. Bevor die Juden in Dänemark deportiert werden sollten, gelang ihm 1943 die Flucht nach Schweden. Von dort kehrte er zwar 1946 nach Dänemark, aber erst 1958 nach Hamburg zurück, wo er bis zu seinem Tod 1981 in der Parkallee 65 in Harvestehude lebte.

b) *Der Rechtsanwalt Friedrich Ablass als Kristallisationspunkt Hamburger liberaler Widerstandsgruppen*

Der Rechtsanwalt Friedrich Ablass bildete von 1933 bis 1945 das organisatorische Zentrum des lokalen liberalen Widerstands in Hamburg. Seit 1913 war er Mitglied der Vereinigten Liberalen und der DDP/DStP, in der er sich als Vorsitzender der Ortsverbände Hohenfelde und Freihafen und als Mitglied des Landesvorstandes engagierte. Energischer Widerspruch gegen Opportunismus charakterisiert seine entschiedene Einstellung: »M. E. kann die vielleicht sogar geschichtliche Mission unserer Partei nur die sein, gegenüber den jetzt herrschenden faschistischen Gedanken die Grundrechte des Deutschen Volkes so, wie wir sie aus unserer klaren liberalen und demokratischen Einstellung her kennen, ohne irgendwelche Einschränkungen und Konzessionen,

37 Die großen Schriften sind auszugsweise, die kleinen vollständig abgedruckt in Sassin: *Liberales im Widerstand* (wie Anm. 36), S. 257-370. Die Denkschrift »Die Deutsche Opposition« wurde – mit Ausnahme der zahlreichen Randglossen – vollständig abgedruckt in Wolfgang Benz: *Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele*. In: VfZG 29, 1981, S. 437-471. Die »Vornotizen« sind bisher unpubliziert. Die »Bibel« ist verschollen.

zu vertreten. Daraus ergibt sich für mich die Notwendigkeit eindeutiger Opposition, die nicht durch irgendeinen Kompromiss belastet werden darf [...].« Er verlangte, dass die DStP »unter klarer Herausstellung unserer Gedanken in eine zwar sachliche, aber äußerst scharfe Opposition zum gegenwärtigen System treten« sollte.³⁸ Diese Haltung hatte die Gründung mehrerer Oppositionsgruppen zur Folge, in denen sich nach der Etablierung der Einparteien-diktatur ehemalige DDP/DStP-Mitglieder sammelten.

Der Psychologe Dr. Walter Jacobsen hielt bis zu seiner Emigration nach Schweden 1937 die Verbindung zwischen Robinsohn und den Ablass-Gruppen, die auch die Bezeichnungen Gruppe Freies Hamburg, Abteilung Q und Verein der Hafenfreunde tragen. Ablass-Gruppe und Gruppe Freies Hamburg sind Sammelbezeichnungen für antinazistische Kreise, die sich im Anwaltsbüro Ablass gleich nach Büroschluss periodisch trafen, wobei die Bezeichnung Gruppe Freies Hamburg anscheinend erst im Zweiten Weltkrieg aufgefunden ist. Die Abteilung Q war ein schon vor 1933 bestehender Geselligkeitsklub von DDP-Mitgliedern, der den Zusammenhalt wahrte und sich weiterhin, zunächst im Café Nobiling, traf. Bald nach der Gründung des Vereins der Hafenfreunde e.V. wurden Vorsichtsmaßnahmen ergriffen. Diejenigen Mitglieder, die auch der Abteilung Q angehörten, traten aus den Hafenfreunden aus, um Doppelmitgliedschaften zu vermeiden. Der inzwischen in Verein der Hafenfreunde Hamburg-Altona e.V. umbenannte Verein löste sich vermutlich 1936 auf. Die Abteilung Q wiederum traf sich nicht mehr regelmäßig im Café des Konditoreimeisters Georg Nobiling, der als Vorsitzender des DDP-Ortsverbandes Eppendorf, als Vorsitzender der DDP-Gruppe Handwerk, Handel, Gewerbe und als Bürgerschaftsabgeordneter exponiert gewesen war, sondern an wechselnden Orten.

Eine Besonderheit ist der Aufbau des literarischen Kabarett Bronzekeller an der Ecke Düsternstraße und Kaiser-Wilhelm-Straße, an dem sich zehn Mitglieder der Abteilung Q beteiligten, Levy zum Beispiel mit der Elektroinstallation. Das Q-Mitglied Kurt Witte, ein Gastronom, fungierte als Inhaber, als Geschäftsführer arbeiteten zwei Q-Mitglieder, die sogenannten Halbjuden Ernst Sußmann und Gustav Sternberg, als kaufmännischer Angestellter das Q-Mitglied Otto Lange. Levy erinnerte sich, dass die monatlichen Programmwechsel zugleich dem politischen Austausch und der Verabredung aktueller Maßnahmen dienten.

In die ersten Jahre der Ablass-Gruppe fällt die Gründung Groß-Hamburgs am 1. April 1937. Dabei wurde Hamburg mit den preußischen Städten Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek vereinigt, während es seinerseits einige Exklaven, darunter Cuxhaven, an Preußen abgab. Direkte Verbindun-

38 BA Koblenz, NL Dietrich 142: Ablass an den Parteivorsitzenden Hermann Dietrich, 9.3.1933.

gen der Ablass-Gruppen bestanden nicht nur in diese eingemeindeten Städte, wie etwa durch den Kriminalbeamten Bruno Schmachtel nach Harburg, sondern beispielsweise auch nach Kiel.

Das Besondere an diesen Gruppen ist die Organisation von Mitgliedern der ehemaligen DDP und DStP, die vor der Auflösung ihrer Partei zum Teil eine Schlüsselposition innegehabt hatten. Dazu zählten Dr. Friedrich Ablass, ehemaliges Mitglied des Landesvorstandes von DDP und DStP und Vorsitzender der Ortsverbände Hohenfelde und Freihafen, der ehemalige Landesverbands-Geschäftsführers Martin Plat, der zugleich Geschäftsführer der DDP/DStP-Bürgerschaftsfraktion und des Demokratischen Clubs war, der Kaufmann Harald Abatz als Vorsitzender des Ortsvereins St. Pauli, der Elektrohändler Alfred Johann Levy als stellvertretender Vorsitzender des Ortsvereins Barmbeck-Uhlenhorst und Carl Nehls als DStP-Ortsvereinsvorsitzender. Auffällig in diesen Gruppen ist der hohe Anteil an Freiberuflern und selbstständigen Kaufleuten. Von 50 nachgewiesenen Mitgliedern der Führungsgruppen und der liberalen Gruppen waren 22 Kaufleute und Handwerker, 7 Freiberufler, 10 Angestellte, 7 Beamte, 2 Arbeiter, 1 Hausfrau, 1 unbekannt.³⁹ In Hamburg gab es außerdem Verbindungen mit dem Hamburger Bürgerverein, dem Freimaurerbund zur Aufgehenden Sonne, der SPD und dem Internationalen Sozialistischen Kampfbund.

Ein Liberaler im Hamburger Zweig der Weißen Rose

Nachdem die studentische Widerstandsgruppe Weiße Rose in München aufgedeckt und ihre führenden Mitglieder im Frühjahr 1943 zum Tode verurteilt worden waren, bestanden weiterhin Kreise, die als Hamburger Zweig der Weißen Rose bezeichnet werden. Dazu zählte auch der Buchhändler Felix Jud, der in seiner »Hamburger Bücherstube« in den Colonnaden an vertrauenswürdige Personen verbotene Literatur abgab. So kam er auch mit Mitstreitern der Hamburger Weißen Rose in Kontakt.

Die Verhaftungen begannen in Hamburg im Mai 1943 und erreichten ihren Höhepunkt im Herbst des Jahres. Felix Jud wurde am 18. Dezember 1943 verhaftet. Drei der dreißig Hamburger Verhafteten kamen in Gestapo-Haft ums Leben. Felix Jud und andere wurden im Juni 1944 in das KZ Neuengamme überführt und einige Wochen später zurück in das Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel verlegt. Monate nach Abschluss der polizeilichen Voruntersuchungen datiert die Anklageschrift des Oberreichsanwalts Dr. Spahr vom 23. Februar

39 Berechnet auf der Basis der Robinsohn-Gruppe, der Führungsgruppe ab 1940, des Vereins der Hafenfreunde, der Abteilung Q und der Harburger Gruppe. Vgl. die Übersicht in Sassini: Liberale im Widerstand (wie Anm. 36), S. 395-399.

1945 gegen Albert Suhr, Hannelore Willbrandt, Dr. Ursula de Boor, Wilhelm Stoldt und Felix Jud (Az. 9 J 25/45), in der es heißt: »Die Angeschuldigten haben während des Krieges, vor allem 1942 und 1943, in Hamburg untereinander oder im Kreise anderer staatsfeindlich eingestellter Personen einen kommunistischen oder demokratisch-liberalistischen Staat propagiert.« Am 19. April 1945 verurteilte der in Hamburg tagende Volksgerichtshof Felix Jud zu vier Jahren Zuchthaus. Zwei Wochen später, am 3. Mai 1945, wurde Hamburg von der britischen Armee befreit.⁴⁰

Adressen 3

Dr. Hans Robinsohn, Mitgründer der liberalen Widerstandsgruppe um Ernst Strassmann, wohnte in Hamburg-Winterhude auf der Willistraße 1. Wichtiger für seine Widerstandsarbeit war sein Privatbüro, das er als Teilhaber (seit 1933) des Kaufhauses Gebr. Robinsohn führte. Das Kaufhaus stand in der Neustadt an der Ecke Neuer Wall 25/33, Schleusenbrücke. In seinem Privatbüro empfing er Hamburger Verbindungsleute und auswärtige Kuriere der Widerstandsgruppe, schrieb programmatische Texte und verwahrte sie dort wenigstens kurzfristig. Mit dem Novemberpogrom 1938, Robinsohns Flucht aus Hamburg und seiner Emigration entfiel dieser Treffpunkt. Das Kaufhaus ist 1939 arisiert worden, aber nach 1945 zurück in den Besitz der Familie Robinsohn gelangt. Als die Kinder von Dr. Hans Robinsohn es 1988 verkauften, wurde auf Betreiben der Bank für Gemeinwirtschaft eine Gedenktafel angebracht und am 9. November 1988 eingeweiht, die an das ehemalige Kaufhaus Gebr. Robinsohn erinnert.⁴¹ Ihr Wortlaut: »Zum Gedenken an das Modehaus Gebr. Robinsohn[,] das sich bis zu seiner Zerstörung am 9.11.1938 in diesem Gebäude befand[.] 9.11.1988«. Das Geschäftshaus wird heute von dem Wäschehaus Möhring genutzt.

Der 1924 gegründete Klub vom 3. Oktober, dem Ernst Strassmann und Dr. Hans Robinsohn führend angehört hatten, ein ideelles und personelles Reservoir für die Widerstandsgruppe, hatte in Hamburg in der Rentzelstraße 12 in Hamburg-Rotherbaum seine Geschäftsstelle unterhalten.⁴² Der Berliner Richter Ernst Strassmann hat während seiner Altonaer Referendariatszeit (1923-1926) als Klubsekretär gewirkt.

40 Ursel Hochmuth/Ilse Jacob: Weiße Rose Hamburg. In: Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945. Frankfurt a.M. 1980, S. 387-421, hier S. 392f, 414, 417, 419f; Zitat S. 412. – Interview des Verf. mit Felix Jud vom 7.3.1983.

41 Brief von F. Peter Robinsohn an den Verf., 16.11.1988.

42 BA Koblenz, NL Robinsohn 17: Bemerkungen aus dem Klub vom 3. Oktober (Rundschreiben).

Das Büro des Rechtsanwalts Dr. Friedrich Ablass residierte in der Altstadt zunächst auf dem Mönkedamm 5/6 nahe der Börse, laut Adressbuch ab 1941 in der Schmiedestraße 6. Seine Wohnung blieb im Erlenkamp 27 in Hamburg-Uhlenhorst, jedoch fanden die Gruppenzusammenkünfte nach zahlreichen Aussagen bis 1943 in Ablass' Büroräumen statt. Nach den großen Bombenangriffen auf Hamburg Ende Juli 1943 verlegte er seinen Wohnsitz nach Hirschberg in Niederschlesien, kehrte aber zur Vertretung seiner Klienten zeitweilig nach Hamburg zurück.

Der Verein der Hafenfreunde war ein eingetragener Verein, der im Hamburger Adressbuch erstmals 1934 und letztmals 1936 erschien. Sein Büro hatte er in Hamburg-Steinwerder auf der linken Elbseite in der Nordelbstraße 1, sein Vereinslokal auf der rechten Elbseite im St. Pauli Porterhaus, Zirkusweg 1.

Die Abteilung Q führte ihre etwa monatlichen Treffen zunächst im Café Nobiling, Eppendorfer Landstraße 36 in Hamburg-Eimsbüttel durch, dann aus Tarnungsgründen in wechselnden Lokalen oder im Grünen auf dem Geesthachter Sandrücken oder in Langenrehm, Kreis Harburg. Das Kabarett Bronzekeller, das später für regelmäßige Besprechungen genutzt wurde, war in der Düsternstraße 29, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße in der Hamburger Neustadt untergebracht.

Für den Hamburger Zweig der Weißen Rose wurden verschiedene Erinnerungsorte in Hamburg angelegt, die entweder den acht Opfern insgesamt oder einzelnen Opfern gewidmet sind. Da Felix Jud zwar verhaftet und verurteilt, aber nicht hingerichtet wurde, gibt es keine Erinnerungsstätte für ihn, es sei denn den Weiße-Rose-Platz mit Mahnmal in der Fußgängerzone von Volksdorf, Bezirk Wandsbek.⁴³ Sein eigentlicher Wirkungsort war die Hamburger Bücherstube Felix Jud & Co. in der Neustadt an den Colonaden 104, die er nach dem Wiederaufbau am Neuen Wall 13 betrieb.

Literatur 3

Die um Dr. Hans Robinsohn und Ernst Strassmann gesammelte Widerstandsgruppe und ihr hamburgischer Zweig werden ausführlich dargestellt in der Studie von Horst Sassin über Liberale im Widerstand.⁴⁴ Das jüdische Element in der Widerstandsgruppe, das auch in Hamburg mehrfach vertreten war, findet besondere Berücksichtigung in zwei Aufsätzen desselben Autors.⁴⁵

43 Garbe/Klingel: Gedenkstätten in Hamburg (wie Anm. 35), S. 62.

44 Sassin: Liberale im Widerstand (wie Anm. 36).

45 Horst Sassin: Liberals of Jewish Background in the Anti-Nazi Resistance. In: Leo Baeck Institute, Year Book 37, 1992, S. 381-396. Ders.: »Charakterinseln im Schlammsee des Dritten Reiches« – Assimilierte Juden im liberalen Widerstand, in: »Gegen alle Vergeblichkeit« – Jüdischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hg. von Hans Erler, Arnold Paucker, Ernst Ludwig Ehrlich, Frankfurt a.M./New York 2003, S. 167-186.

Robinsons programmatische Schriften, insbesondere zur Außenpolitik, werden in einer polnischen akademischen Zeitschrift untersucht.⁴⁶

Werner Johe berücksichtigt den Widerstand in Hamburg in seinem Beitrag in der zweibändigen Stadtgeschichte an zwei Stellen, wobei er eine von knapp zehn Seiten der Widerstandsgruppe um Robinson und Strassmann widmet, ohne auf deren hamburgischen Zweige, über die damals noch nichts Nennenswertes publiziert worden war, einzugehen.⁴⁷

Abbildungen von Hans Robinson und fünf Mitgliedern der Abteilung Q befinden sich in dem älteren Ausstellungskatalog von Horst Sassin über Widerstand, Verfolgung und Emigration Liberaler in der NS-Zeit.⁴⁸

Über Felix Jud gibt es noch keine wissenschaftliche Monografie. Wesentliche Informationen sind dem älteren Beitrag von Ursel Hochmuth und Ilse Jacob in dem Band »Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand« entnommen.⁴⁹ Zudem ist eine informative Geschichte seiner Buchhandlung erschienen.⁵⁰

Die Neugründung der Hamburger FDP aus dem Geist des Widerstands

Wie in keiner anderen Stadt, in die Strassmann Widerstands-Verbindungen unterhalten hatte, zeigt sich ein deutlicher Zustrom aus den Ablass-Gruppen Freies Hamburg in den schon im Mai 1945 gegründeten Bund Freies Hamburg (BFH), aus dem im September 1945 die Partei Freier Demokraten (PFD) gegründet wurde. Insofern wurde die hamburgische FDP im Kern durch die Widerstandsgruppe geprägt. Der Bund Freies Hamburg bezeichnete sich in einer frühen Selbstdarstellung ausdrücklich als Nachfolger der Strassmann-Gruppe in Hamburg: »Im Jahre 1933 schlossen sich in allen Gegenden Deutschlands unter der Führung von Dr. Strassmann, Berlin, Männer aus den verschiedensten Parteien zu einer Oppositionsgruppe zusammen, die immer wieder versucht hat, der verhängnisvollen Entwicklung unter der Hitlerherrschaft Einhalt zu gebieten. Aus dem Hamburger Kreis dieser Gruppe hat sich im Mai 1945 der »Bund Freies Hamburg« gebildet.«⁵¹ Hein charakterisiert ihn

46 Horst Sassin: *Liberalowie niemieccy przeciwko Hitlerowi*, in: *Zbliżenia Polska Niemcy – Pismo Uniwersytetu Wrocławskiego*, 1 (7), Wrocław 1994, S. 82-90.

47 Werner Johe: *Im Dritten Reich 1933-1945*, in: *Hamburg – Geschichte einer Stadt und ihrer Bewohner*, Band 2, Hamburg 1986, S. 265-376, an zwei Stellen (S. 324-329, 356-359).

48 Horst Sassin: *Widerstand, Verfolgung und Emigration Liberaler 1933-1945*, Bonn 1983, S. 44, 58f.

49 Ursel Hochmuth/Ilse Jacob: *Weißer Rose Hamburg*, in: *Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945*, Frankfurt a.M. 1980, S. 387-421.

50 Wilfried Weber/Marina Krauth: *»Und wer besorgt das Spielzeug?« 75 Jahre Hamburger Bücherstube Felix Jud & Co.*, Hamburg 1998.

51 FZH, 11/B24, Beissel, Rudolf: *Bund Freies Hamburg*, Typoskript, 2 S., zitiert wurde der Abschnitt »Entstehung«. Vgl. ACDP, NL Beissel 01-422: *Bund Freies Hamburg* (Typoskript), 2 Seiten, hier S. 1.

als Ausnahmeerscheinung: »Der Bund Freies Hamburg bietet das überaus seltene Beispiel eines antifaschistischen Kampfbundes bürgerlich-liberaler Ausrichtung.«⁵²

Die Programmatik von BFH und PFD rührte direkt aus der Programmdiskussion in den Ablass-Gruppen; sie zielte auf die klare Abwendung vom Nationalsozialismus und Militarismus, die Wiederherstellung der Grundrechte, eine sparsame Verwaltung, eine freie Wirtschaft und eine starke sozialstaatliche Komponente einschließlich die Sozialisierung der Bodenschätze und eine Bodenreform zugunsten von Kleinbauern und Siedlern.

Mit dem Vorsitzenden Wilkening, seinem Stellvertreter Dr. Friedrich Ablass und dem Schriftführer Harald Abatz wurde der Vorstand des BFH in wichtigen Positionen aus den Reihen der Ablass-Gruppen berufen. In den elfköpfigen Landesvorstand der PFD wurden mit Ablass, Abatz, Rieckhoff, Sußmann, Wilkening und Zarse sechs Mitglieder der Ablass-Gruppen gewählt. In einigen Bezirksverbänden stellten ehemalige Mitglieder dieser Gruppen die Parteivorsitzenden: Abatz in St. Pauli, Ablass in Hohenfelde, Sußmann in Eimsbüttel.⁵³

Bis in die 1960er Jahre hatten Mitstreiter der Hamburger Widerstandsgruppen führende Positionen in der hanseatischen FDP und in der Bürgerschaftsfraktion inne. Aus den Ablass-Gruppen wurden zwölf FDP-Bürgerschaftsabgeordnete gewählt: Harald Abatz, Lieselotte Anders,⁵⁴ Walter Brosius, Max Dibbern, Wilhelm Langhoff, Alfred Johann Levy, Wilhelm Lindemann, Carl Nehls, Cäsar Oehding, Bruno Schmachtel, Eduard Sußmann und Eduard Wilkening, und zwar in den Legislaturperioden 1946-1949 2, 1949-1953 7, 1953-1957 5, 1957-1961 und 1961-1965 je 2.⁵⁵

Obwohl die Hamburger FDP sich im Kampf um das Verhältniswahlrecht aus taktischen Gründen mit anderen bürgerlichen Parteien gegen die SPD verbündete (Vaterstädtischer Bund Hamburg 1949, Hamburg-Block 1953), zeichnete sie sich innerparteilich als Protagonistin des Liberalen Manifests 1952 gegen das »Deutsche Programm« einer deutschnationalen Sammlungsbewegung aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen aus.

52 Dieter Hein: Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949. Düsseldorf 1985, S. 88.

53 PRO, FDP HH, FO 1014/554: FDP 1945-1946. – Die Mitwirkung von Alfred Zarse in der Ablass-Gruppe wurde ermittelt von Brauers: Die FDP in Hamburg (wie Anm. 24), S. 158.

54 Die Mitwirkung von Dr. Lieselotte von Kruglewsky-Anders in der Ablass-Gruppe wurde ermittelt von Brauers: Die FDP in Hamburg (wie Anm. 24), S. 115f.

55 Vgl. »Bürgerschaftsabgeordnete der F.D.P. bis 1978«, in: FDP-Landesverband Hamburg: Geschäftsbericht 1980/81, Hamburg 1981, S. 86f.

Die Partei Freier Demokraten (PFD) Hamburg wurde am 20. September 1945 von 98 Personen unter dem Vorsitz von Dr. Friedrich Ablass in einem Hörsaal der Universität am Bornplatz, dem heutigen Institut für Politische Wissenschaft am Allendeplatz 1, gegründet. 1995 schrieb Fock anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der FDP in Hamburg: »Das Gebäude trägt übrigens keine Tafel, die daran erinnert.«⁵⁶ An diesem Befund hat sich seither nichts geändert. Auch als Ort für Jubiläumsveranstaltungen der FDP ist der Hörsaal nicht genutzt worden. Die Feier zum 50. Parteigründungsjubiläum fand im Rathaus statt.

Die frühen Geschäftsstellen, wo bis in die 1960er Jahre die Landesgeschäftsführer Martin Plat und Eduard Sußmann aus den Ablass-Gruppen arbeiteten, können wie folgt verzeichnet werden. Das BFH-Büro befand sich in der Magdalenenstraße 5 in Hamburg-Harvestehude, das erste PFD-Büro am Alsterdamm 16-18 (heute: Ballindamm), auf den die Straße Brandsende stößt, wo in der Weimarer Republik die DDP-Geschäftsstelle untergebracht gewesen war. Schon bald siedelte die FDP-Geschäftsstelle in die Ferdinandstraße über, eine Parallelstraße des Alsterdamms, von Brandsende gekreuzt; die nächste Adresse war seit etwa 1950/51 am Schwanenwik 10-12 (bis Mitte der 1980er Jahre).

Der Landesverband Hamburg der FDP kann als geschichtsbewusst bezeichnet werden. Eduard Sußmann, Geschäftsführer des FDP-Landesverbandes Hamburg und ehemaliges Mitglied der Abteilung Q, verfasste die erste parteioffizielle Geschichte 1963, in der er zwar auf den Bund Freies Hamburg, nicht aber auf die Widerstandsgruppen um Ablass eingeht.⁵⁷ Sie wurde im folgenden Jahr in überarbeiteter Form von der Bundes-FDP neu herausgegeben.⁵⁸ Schon vor drei Jahrzehnten wurden Akten hauptsächlich der Anfangsjahre des Landesverbandes, die im Keller der Geschäftsstelle Schwanenwik dem Verfall preisgegeben gewesen waren, an das Staatsarchiv Hamburg, Kattunbleiche 19, abgegeben und somit für die wissenschaftliche Forschung erschlossen (Bestand 614-2/10 I: Freie Demokratische Partei I). Nach dieser ersten Ablieferung, die Aktenmaterial aus den Jahren 1945 bis 1978 im Umfang von 23 laufenden Metern enthält, wurden weitere, sehr erhebliche Bestände aus dem

56 Hinnerk Fock: Die Gründung der »Partei Freier Demokraten«. In: 50 Jahre Hamburger Freie Demokraten. Hg. von der Freien Demokratischen Partei, Landesverband Hamburg, Hamburg 1995, S. 14-18, hier S. 16.

57 Eduard Sußmann: Freie Demokratische Partei (FDP). Kurzbericht über Grundlagen, Entstehung, Entwicklung und Tätigkeit der liberalen Partei Deutschlands. Hektographiertes Typskript. Hamburg 1963, 39 Seiten, zum Bund Freies Hamburg S. 12.

58 E. Sußmann: Liberale in der Verantwortung. Vorgeschichte und Entwicklung der FDP. Hg. von der Bundesparteileitung der Freien Demokratischen Partei. Bonn 1964, über den Bund Freies Hamburg S. 24.

Zeitraum 1946 bis 1997 im Umfang von 162,5 laufenden Metern an das Staatsarchiv Hamburg übergeben, die teilweise noch nicht erschlossen sind (Bestand 614-2/10 II: Freie Demokratische Partei II).⁵⁹ Die Benutzung unterliegt besonderen Genehmigungsvorbehalten. Die Aufarbeitung dieses kontroversen Materials in wissenschaftlichen Arbeiten trägt zur Belebung der nicht nur historischen Liberalismusdebatte bei.⁶⁰

Hinzu kommt das Gedenken bei verschiedenen Anlässen. So wurde Alfred Johann Levy, Mitglied der DDP, der DStP, der Abteilung Q, des Vereins der Hafenfreunde, des Bundes Freies Hamburg und der PFD/FDP, auf dem Landesparteitag am 12. Januar 1980 zum Ehrenmitglied gewählt.

In demselben Jahr druckte die der FDP nahe stehende Friedrich-Naumann-Stiftung, Landesbüro Hamburg, Ursula Büttners drei Jahre zuvor erschienenen Aufsatz »Vereinigte Liberale und Deutsche Demokraten in Hamburg 1906-1930« als separaten Sonderdruck nach, um ihn einer breiten interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Der Geschäftsbericht des FDP-Landesverbandes Hamburg für das Geschäftsjahr 1982/1983 enthält im zweiten Band einen historischen Teil zum liberalen Widerstand im Dritten Reich, in dem Auszüge aus dem Ausstellungskatalog von 1983 und aus dem Aufsatz von Wolfgang Benz nachgedruckt wurden.⁶¹ Seit über einem Jahrzehnt sind aus den Geschäftsberichten die historischen Teile verschwunden. Hingegen hat der Landesvorstand sich zur Publikation von Broschüren zur Parteigeschichte an runden Daten entschieden.

In der 83-seitigen Festschrift »40 Jahre Freie Demokraten in Hamburg«, der ersten selbstständigen Parteiveröffentlichung zur eigenen Geschichte seit 1963, berichtet Dorothee Oetzmann über die Herkunft der hanseatischen FDP aus dem Bund Freies Hamburg und aus den Widerstandsgruppen Ablass und Q, die sie allerdings gleichsetzt. Ausführlich zitiert sie Alfred Johann Levys Rede auf dem Landesparteitag im Januar 1980 über seine Mitwirkung in der Abteilung Q und insbesondere über die Einrichtung und Unterhaltung des Kabarett Bronzekeller.⁶² Hinnerk Fock steuert einen Beitrag über die Früh-

59 Paul Flamme u.a. (Hg.): Kommentierte Übersicht über die Bestände des Staatsarchivs der Freien und Hansestadt Hamburg. 2., erweiterte und verbesserte Auflage. Hamburg 1999, S. 380f.

60 Vgl. zuletzt Brauers: Die FDP in Hamburg (wie Anm. 24). Vgl. dazu die sehr kritische Rezension von Beate-Carola Padtberg in: Jahrbuch für Liberalismus-Forschung 19, 2007, S. 328-333.

61 FDP-Landesverband Hamburg: Geschäftsbericht 1982/83. Vorgelegt von Landesgeschäftsführer Hinnerk Fock. Band 2, Hamburg 1983, S. 49-53. Vgl. Sassin: Widerstand (wie Anm. 48).

62 Dorothee Oetzmann: Liberalismus zwischen Restauration und Neubeginn. Zur Geschichte der Freien Demokratischen Partei Hamburgs. In: Freie Demokratische Partei, Landesverband Hamburg (Hg.): 40 Jahre Freie Demokraten in Hamburg. Hamburg 1985, S. 5-32, hier S. 6-8.

geschichte der FDP (1946-1952) bei.⁶³ Victor Kirst liefert einen Überblick über die 40-jährige Geschichte der FDP in Hamburg.⁶⁴

Das 50-jährige Jubiläum markiert das Scheitern einer tiefer gehenden Erinnerungskultur des FDP-Landesverbandes Hamburg. Das verdeutlicht Beate-Carola Padtberg, eine ausgewiesene Historikerin, in den persönlichen Vorbemerkungen ihres Beitrags. Die Vorplanungen, die in eine von kompetenten Beiträgern zusammengestellte und verfasste Fest- und Dokumentationsschrift in Buchform hätten münden sollen, führten letztendlich aufgrund ineffizienter Strukturen zu der Notlösung einer erneuten Broschüre von 63 Seiten Umfang.⁶⁵ In ihrem essayistischen Beitrag geht Padtberg auf die Gründung der PFD (FDP) in Hamburg mit deutlich linksliberalem Profil ein und stellt insbesondere die Richtungsfrage der 1950er Jahre zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung relativ ausführlich dar, wobei auch die initiative Rolle des Landesverbands Hamburg verdeutlicht wird. Zwei Beiträge von Hinnerk Fock spannen einen Bogen über die Geschichte des Bürgertums und der Liberalen in Hamburg vom Spätmittelalter bis 1945 und untersuchen die Gründungssituation der PFD/FDP 1945/1946.⁶⁶ Wiederum wird hier die Gruppe Freies Hamburg mit der Abteilung Q gleichgesetzt. Ein weiterer Beitrag liefert persönliche Erinnerungen und Reflexionen zur fünfzigjährigen Geschichte der Hamburger FDP.⁶⁷

Im Jahre 2005 ist die Broschüre »60 Jahre politischer Liberalismus in Hamburg« mit 35 Seiten Umfang erschienen, in der es zwei Beiträge gibt, die die Frühgeschichte der hamburgischen FDP berücksichtigen. Ihren ansonsten unverändert belassenen essayistischen Beitrag aus der Broschüre von 1995, deren persönliche Vorbemerkungen nun fallen gelassen wurden, hat Padtberg fortgeschrieben.⁶⁸ Der Landesvorsitzende referiert in einem Kurzbeitrag die Gründungsgeschichte bis 1949, wobei er erneut, wie Oetzmann 1985 und Fock 1995, die Gruppe Freies Hamburg mit der Abteilung Q gleichsetzt.⁶⁹ Bemerkenswert ist, dass der Nutzer der Homepage des FDP-Landesverbandes

63 Hinnerk Fock: Streiflichter aus der Frühgeschichte der Hamburger Freien Demokraten. In: ebd., S. 35-55.

64 Victor Kirst: 40 Jahre Freie Demokraten in Hamburg. Ein liberales Selbstbekenntnis. In: ebd., S. 59-77.

65 Beate-Carola Padtberg: Die Position der Hamburger Freien Demokraten auf dem Hintergrund bundespolitischer Entwicklungen. Ein landespolitischer Vergleich. In: 50 Jahre Hamburger Freie Demokraten (wie Anm. 56), S. 19-41, hier S. 19-22.

66 Hinnerk Fock: Liberale in Hamburg. In: 50 Jahre Hamburger Freie Demokraten (wie Anm. 56), S. 5-13; ders.: Die Gründung der »Partei Freier Demokraten«. In: ebd., S. 14-18.

67 Hans-Joachim Widmann: Partei Freier Demokraten, Freie Demokratische Partei – eine Partei von innen und außen gesehen. In: ebd., S. 42-58.

68 Beate-Carola Padtberg: Reaktionen und Positionen der Freien Demokraten in Hamburg auf politische Entwicklungen seit 1945. Ein landespolitischer Vergleich. In: 60 Jahre politischer Liberalismus in Hamburg. Hg. von der Freien Demokratischen Partei, Landesverband Hamburg, Hamburg o.J. [2005], S. 4-24.

69 Leif Schrader: Gründung und Geschichte der FDP in Hamburg bis 1949. In: ebd., S. 25-30, hier S. 25.

Hamburg gleich einen Link zur Geschichte der Partei bekommt, auf dem die Festschrift von 2005 aufgerufen werden kann.

Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und der Widerstand Liberaler

Dr. Hans Robinsohn ist erst 1958 aus seinem dänischen Exil nach Hamburg zurückgekehrt. Damals erregte er mit seinen Veröffentlichungen über den Versuch, das Modehaus Gebr. Robinsohn in der nationalsozialistischen Diktatur zu bewahren, Aufsehen.⁷⁰ Ende 1958 wurde er (mit Werner Jochmann, Erich Lüth, Walter Tormin, Curt Zahn) in einen kleinen Arbeitsausschuss berufen, der konzeptionelle Perspektiven für die Wiedererrichtung einer Forschungsstelle zur hamburgischen NS-Geschichte entwickeln sollte. Bereits im März 1959 konnte der Ausschuss seinen Bericht an die Schulbehörde einreichen.

Als im April 1960 die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Vorläuferin der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, gegründet wurde, wurde unter dem Direktor Werner Jochmann der Kaufmann Hans Robinsohn in die Leitung berufen. Robinsohn nahm sich zwei Themenschwerpunkte vor, die mit seiner Biografie zusammenhingen: die Widerstandsgruppe um Ernst Strassmann und die Rassenschandefälle beim Landgericht Hamburg. Mit der juristischen Verfolgung angeblicher Rassenschande beschäftigte Robinsohn sich, weil er durch die einschlägige Verfolgung seines Vaters und seines politischen Mentors Dr. Max Eichholz schon seit den 1930er Jahren sich damit auseinander zu setzen hatte.

Für die Widerstandsgruppe um Ernst Strassmann war Robinsohn als Programmatiker und Berichterstatte der Gruppe der berufene Mann, dem die Darstellung ihrer Geschichte zuzutrauen war. Sein erklärtes Ziel war, die Fokussierung der Darstellung des deutschen Widerstands auf die konservativ-militärische und christlich-klerikale Motivation zu brechen und sie um den liberaldemokratischen und sozialdemokratischen Widerstand zu ergänzen. Nachdem er Strassmann zuvor schon wiederholt gedrängt hatte, sachliche Fehler in anderweitigen Darstellungen zu korrigieren, war es nach dem Tod Strassmanns 1958 an der Zeit, die Erinnerungen seiner Mitstreiter zu bewahren. Er arbeitete einen Fragenkatalog aus, den er am 8. Juni 1960 an die noch lebenden Mitglieder des reichsweiten Führungskreises sandte. Die Resonanz war jedoch ernüchternd, da die Adressaten aus Zeit- oder Sachgründen nicht bereit und in der Lage waren, ihre Erinnerungsbruchstücke schriftlich zu fixieren.

70 Hans Joachim Robinsohn: Ein Versuch, sich zu behaupten. In: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie 3, 1958, S. 196-206, hier S. 204f. Abgedruckt auch in: Die Zeit Nr. 34 vom 7.11.1958.

Ein Mitstreiter bedauerte, er habe den Ansatzpunkt zur Darstellung der Widerstandsgruppe nicht gefunden.⁷¹ So gelang es Robinsohn nur, viele seiner Briefe, Berichte und Denkschriften zurückzuerhalten. Einen Versuch, die spezifische Ausprägung des hamburgischen Zweigs der Strassmann-Gruppe unterhalb der ihm bekannten Struktur zu ermitteln, hat er anscheinend nicht unternommen.

Dennoch wurden seine gescheiterten Bemühungen wichtig für die spätere Darstellung seiner Widerstandsarbeit, die zunächst Wolfgang Benz in einem Zeitschriftenbeitrag unternahm.⁷² Bei der Erarbeitung der Verbindungen der Widerstandsgruppe hat mir eine Namensübersicht sehr geholfen, die ein Mitglied der Führungsgruppe auf Robinsohns Rundschreiben hin angelegt hatte. Die von Robinsohn selbst noch gesammelten Denkschriften und Berichte beweisen, wie intensiv die Gruppe sich um ein liberal, demokratisch und sozial geprägtes Nach-Hitler-Deutschland bemühte.

Bis 1963 blieb Robinsohn in der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, dann verlagerte er seinen Schwerpunkt auf die Bürgerrechtsarbeit in der Humanistischen Union und auf politische Think-tank-Arbeit.

Adressen 5

Die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, die im Jahr 2000 der Universität Hamburg angeschlossen wurde, residiert seit 2007 unter der Adresse Beim Schlump 83 in Hamburg-Harvestehude.

Hinweise auf Robinsohns Mitwirkung an der Konzeption der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg als Vorläuferin der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg werden in der Literatur bisher punktuell in Publikationen über diese Institution berücksichtigt.⁷³

Seine Anfang der 1960er Jahre dort verfasste juristische Arbeit fand zunächst keinen Verleger, konnte aber 1977 in einer renommierten Schriftenreihe erscheinen.⁷⁴

71 ADL, NL Dehler 1736: Robinsohns Rundschreiben vom 8.6.1960. BA, NL Robinsohn 5: Jans Kingma an Robinsohn, 28.2.1962.

72 Benz: Eine liberale Widerstandsgruppe (wie Anm. 37).

73 Axel Schildt: Historisches Gedächtnis der Stadt – Der lange Weg zur Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. In: Auskunft. Mitteilungsblatt der Hamburger Bibliotheken 22 (2002), Heft 3, S. 253-271, hier S. 260. – Ursula Büttner: Die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg. In: Geschichte in Hamburg – Erforschen, Vermitteln, Bewahren. (Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 74/75). Hamburg 1989, S. 81-96, hier S. 83.

74 Hans Robinsohn: Justiz als politische Verfolgung – Die Rechtsprechung in »Rassenschandefällen« beim Landgericht Hamburg 1936-1943. Stuttgart 1977.

In der Forschungsstelle gibt es neben Literatur auch Archivmaterial zur Parteiengeschichte einschließlich des Bundes Freies Hamburg.

Resümee: Erinnerungs- oder Vergessensorte?

Was den Fall des Stadtstaates Hamburg im Kontext liberaler Erinnerungsorte auszeichnet, ist die Kontinuität, die einer Sanduhr vergleichbar von den Vereinigten Liberalen des Kaiserreichs über die Deutsche Demokratische Partei und die Deutsche Staatspartei der Weimarer Republik durch den Flaschenhals der liberal geprägten Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus über den Bund Freies Hamburg in die Partei Freier Demokraten beziehungsweise Freie Demokratische Partei führte.

Ein Überblick über die in diesem Beitrag angezeigten Orte lässt erkennen, dass es sich in nur bescheidenem Umfang um Erinnerungsorte Liberaler handelt.

Der große linksliberale Bürgermeister Carl Petersen, von dem es die Wohnadresse, das Grabmal, eine Straße und sogar ein von exklusiver Hand gemaltes Porträt an prominenter Stelle gibt, spielt für die Erinnerungskultur der heutigen Liberalen eine gewisse Rolle. So wurde seitens der FDP bei den jüngsten Auseinandersetzungen um die Reform des Hamburger Bürgerschaftswahlrechts durch Kumulieren und Panaschieren auf die reformerischen Impulse Carl Petersens seit 1906 verwiesen. Die beiden mit Straßen- und Schulnamen gewürdigten Bürgerschaftsabgeordneten Helene Lange und Emmy Beckmann sind als liberale Politikerinnen und Frauenrechtlerinnen weniger in der Erinnerung der Hamburger FDP als in der kritischen Würdigung durch die feministische Bewegung vertreten. Die Bürgerschaftsabgeordneten Max Eichholz und Ernst Valentin Burchard finden städtischerseits in einer anonymen, durch keine Begleitschrift mehr erläuterten Gedenktafel im Rathaus, Eichholz auch in einem Straßen- und Schulnamen Erinnerungsorte, die von Seiten der heutigen Liberalen aber nicht zu Erinnerungszwecken genutzt werden. Sichtlich bemüht um die Erinnerung ist die Landeszentrale für politische Bildung mit ihren erst teilweise erschienenen Broschüren über die Stolperstein-Biografien und mit ihrem Gedenken an markante Daten. Aus FDP-Sicht scheint es sich eher um Vergessensorte zu handeln, deren bloßes Vorhandensein der wie auch immer gearteten Erinnerung Interessierter genügt.

Punktueller Anzeichen historischer Erinnerung sind neben dem Geschichts-Link auf der Homepage des FDP-Landesverbandes Hamburg, der allerdings den Stand von 2005 wiedergibt, Ansprachen des FDP-Landespolitikers Hinnek Fock anlässlich der Ausstellung des Vereins »Garten der Frauen« über

Emmy Beckmann auf dem Ohlsdorfer Friedhof und anlässlich der Wiederkehr des Todestages von Max Eichholz an dessen Stolperstein.

Recht gemischt sieht es in Sachen der literarischen Aufarbeitung aus. Ein Desiderat ist 76 Jahre nach seinem Tod das Fehlen einer umfassenden Biografie des hamburgischen Bürgermeisters Carl Petersen. Hingegen sind die Aktivitäten der Vereinigten Liberalen und der DDP/DStP, ihrer Bürgerchaftsfraktionen und ihrer Senatsvertreter im Rahmen der Stadtgeschichte teilweise bearbeitet worden. Auch hier würden vertiefende Spezialuntersuchungen die empirische Basis verbreitern und zu neuen Erkenntnissen führen. Die Frühgeschichte der FDP bis 1953 harrt trotz der umfangreichen Darstellung von Brauers einer konzisen Darstellung, da diese unübersichtlich organisiert ist, sich in zahlreichen Abschweifungen verirrt, einen Teil des grundlegenden Quellenmaterials, wie etwa die Sitzungsprotokolle der Bürgerschaft, vernachlässigt und die Grundlagen seiner Wertungen nicht durchweg offen legt.

Die vergleichsweise zahlreiche Beteiligung der Hamburger Linksliberalen an der Opposition und am Widerstand gegen den Nationalsozialismus hat eine ergiebige Darstellung hinsichtlich der Gruppen um Hans Robinsohn und Friedrich Ablass gefunden, während die Beteiligung Hamburger Liberaler an verschiedensten anderen Widerstandsgruppen noch kaum bearbeitet worden ist.

Es gibt keinen zweiten Liberalen in Hamburg, der sich in derartig vielfältiger Weise für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus engagiert hat wie der Juniorchef des Modehauses Gebr. Robinsohn, Dr. Hans Robinsohn. Dass es für ihn keinen Erinnerungsort in Hamburg gibt, ist nur als Gedankenlosigkeit und Achtlosigkeit oder aber vor dem Hintergrund seiner dezidiert linksliberalen Einstellung und seiner Parteilosigkeit seit 1930 als Ablehnung zu verstehen. Sein Rigorismus kann aus heutiger, historisierender Sicht kein Hinderungsgrund für die angemessene Erinnerung sein. Dem Willen der Angehörigen, an dem Geschäftshaus am Neuen Wall mit einer Gedenktafel ausschließlich an die Firma zu erinnern, sollte Rechnung getragen werden, auch wenn hier mit Hans Robinsohns Privatbüro ein wichtiger Ort seiner Widerstandsarbeit war, da es der Familie darum ging, nicht nur einen speziellen Angehörigen, sondern die Firmengründer und die Firma mit ihren 700 Beschäftigten insgesamt in Erinnerung zu rufen. Also stellt sich die Frage nach einer Alternative.

Eine geradezu bestechende Möglichkeit angemessenen Erinnerns eröffnet die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, deren Vorläuferin, die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Robinsohn mit konzipiert und in der er in den ersten Jahren mitgearbeitet hat. Sie ist der Ort, wo er die ersten Schritte zur wissenschaftlichen Aufarbeitung seiner eigenen Widerstandsgruppe unternommen hat. Mit seiner dort verfassten

Schrift über die Rassenschandefälle im Bereich des Oberlandesgerichtsbezirks Hamburg betrat er brisantes wissenschaftliches Neuland. Zeitweilig residierte die Forschungsstelle in der Rentzelstraße 7 in Hamburg-Rotherbaum, somit ganz in der Nähe des Hauses Rentzelstraße 12, wo der entschieden republikanische Klub vom 3. Oktober in der Weimarer Republik seine Geschäftsstelle unterhalten hatte. Zudem ist in Robinsohns Fall das Fehlen einer umfassenden Biografie zu beklagen, denn in meinem Werk »Liberalen im Widerstand« werden zwar seine Herkunft, seine Tätigkeit vor 1933 und insbesondere sein Schicksal in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur näher dargestellt, aber die dreieinhalb Jahrzehnte danach nur gestreift.

Dass der Rechtsanwalt Dr. Friedrich Ablass, der zwölf Jahre lang als Kristallisationspunkt für zahlreiche Widerstandsverbindungen in Hamburg nicht nur im liberalen Spektrum, sondern auch zu Sozialdemokraten und Zentrumsleuten fungierte, nach der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Ablass-Gruppen noch keinen Erinnerungsort erhalten hat, wirft ebenso wie der Fall Robinsohn Fragen nach der Relevanz symbolischer Erinnerungskultur seitens der Liberalen auf. Auch in seinem Fall fehlt eine wissenschaftliche Biografie, so dass man auf seine Erwähnung in Monografien zur Liberalismus-, Widerstands- und Stadtgeschichte zurückgreifen muss.

Aufschlussreich und vergleichsweise ungewöhnlich ist die Tatsache, dass die Hamburger Ablass-Gruppen sich zwei feste Anlaufpunkte erst geschaffen haben, wo die Gesinnungsgemeinschaft sich unauffällig treffen und beraten konnte: das Büro des Vereins der Hafenfreunde und das Kabarett Bronzekeller der Abteilung Q. An das Kabarett wird in den periodischen Festschriften erinnert, während sein Standort dem Vergessen anheim gegeben ist.

Doch zu den Vergessensorten zählen nicht nur die Wirkungsstätten der prominentesten liberalen Politiker und Widerstandskämpfer, sondern auch der Gründungsort der Hamburger FDP. Das Fazit für die aktuelle Erinnerungskultur des FDP-Landesverbandes Hamburg lässt Sachkultur (Wohn-, Dienst- und Geschäftshäuser, Büros) und symbolische Erinnerungsorte (Straßen, Plätze, Gräber, Denkmäler, Gedenktafeln, Stolpersteine) als Anknüpfungspunkte des Gedenkens wenn nicht vermissen, so doch weit in den Hintergrund treten, weist aber auf Wissenschaft und Publizistik, auf Geschichtssicherung durch Archivierung im Staatsarchiv und auf Schriften hin.

Der Versuch einer Erklärung für die geringe Beachtung, die die realen Erinnerungsorte der Liberalen in Hamburg finden, führt zu dem Analogiefall der bekannten hanseatischen Aversion gegen das dekorative Ordenswesen. Daraus lässt sich im Umkehrschluss folgern, dass dem nüchternen Charakter des Hamburger Bürgers die Auseinandersetzung mit der einschlägigen Literatur eher entspricht als der gedenkende Besuch von realen Erinnerungsorten. Aber auch den Hamburger Liberalen würde es nicht schlecht anstehen, über ihren ordensfeindlichen Schatten zu springen und mit der jährlichen Verleihung

einer Robinsohn-Strassmann-Medaille an Menschen, die sich im Sinne der Namensgeber für die Verteidigung der Grundrechte und der Demokratie und für die Förderung sozial Benachteiligter in besonderem Maße engagiert haben, ein Zeichen zu setzen und zugleich einen Erinnerungsort wiederzugewinnen.